

*Feministische Außen-
politik: ein Leitfaden zur
praktischen Umsetzung*

Inhalt

Glossar	3
Abkürzungsverzeichnis	3
1. Eine feministische Vision, Hintergrund und Ansatz	4
2. Von Definitionen zu Werten: Ein inklusiver und kontext-basierter Ansatz	6
2.1 Intersektionalität	7
2.2 Empathische Reflexivität	8
2.3 Substantielle Repräsentation und Partizipation	8
2.4 Rechenschaftspflicht	8
2.5 Aktives Friedensengagement	9
Laufende Arbeiten: Das Voranbringen von Feministischer Außenpolitik	9
3. Was bedeutet dies für die verschiedenen Bereiche der Außenpolitik?	11
3.1 Feministische Diplomatie in der Praxis	11
3.2 Feministische globale Sicherheit in der Praxis	13
3.3 Umwelt und Klimagerechtigkeit in der Praxis	14
3.4 Feministische Entwicklungszusammenarbeit in der Praxis	15
3.5 Praktiken feministischer Handelspolitik	16
3.6 Feministische Migrationspolitik in der Praxis	18
4. Eine Checkliste zur praktischen Umsetzung feministischer Außenpolitik	20

IMPRESSUM

© Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit Deutschland
Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
info@wilpf.de, www.wilpf.de

Publikation: November 2021

Deutsche Übersetzung: September 2022

Finanziert durch die Heinrich Böll Stiftung

Autorinnen: Jessica Cheung, Dilek Gürsel, Marie Jelenka Kirchner, Victoria Scheyer

Diese Publikation gibt die Meinung der Autorinnen wieder und nicht zwangsläufig der, der IFFF.

Design: Katrin Kubik

Editiert von: Meike Fernbach

Übersetzung: Meike Fernbach

Das gesamte Team dieses Leitfadens dankt Karoline Färber für ihre konstruktive Kritik der Inhalte.

Glossar

FEMINISMUS/FEMINISMEN

Es gibt verschiedene Auffassungen und Interpretationen von Feminismus und unsere Absicht ist es nicht, eine Definition über die andere zu stellen oder ein allumfassendes Konzept von Feminismus zu propagieren. WILPF Deutschland versteht Feminismus als eine Bewegung, eine Form des Aktivismus und einen Ort der kritischen Auseinandersetzung mit sozialer Gerechtigkeit und Geschlechtergleichstellung. Unser Verständnis von Feminismus stellt patriarchale Machtstrukturen in Frage und befasst sich mit der Ungleichheit der Geschlechter und deren Überschneidungen mit anderen Formen der Unterdrückung aufgrund von Rassismus, Klassenzugehörigkeit, Sexueller Orientierung und physischen und psychischen Fähigkeiten. Wir wollen eine feministische Vision des Friedens schaffen, die auf Gleichheit und Gerechtigkeit beruht.

BIPOC

Black, Indigenous, People of Color. Das Akronym wurde geschaffen, um einen inklusiveren Begriff für rassistisch marginalisierte Gruppen in westlichen Gesellschaften zu schaffen. In dieser Publikation verwenden wir BIPOC, um uns auf rassistische Marginalität und rassistisch marginalisierte Gruppen zu beziehen, wobei wir uns der Grenzen des Begriffs bewusst sind. BIPOC kann nicht als homogene Gruppe verstanden werden und sollte auch nicht die hierarchische Positionierung von marginalisierten Gruppen, Individuen oder Völkergruppen darstellen. Wir sehen auch die Notwendigkeit, die durch den Begriff ausgedrückte Dichotomie von *weiß*¹ versus BIPOC zu problematisieren, ebenso wie die beschwerliche Wiederholung von „POC“, die sich auf alle nicht-Schwarzen und indigenen Bevölkerungsgruppen bezieht.

FRAUEN

Wenn wir „Frau“ und „Frauen“ verwenden, beziehen wir uns auf alle Personen, die sich selbst als solche betrachten. Wir lehnen ein striktes geschlechtsspezifisches binäres Verständnis von „Mann vs. Frau“ ab und beziehen nicht-binäre Personen in unsere Analyse mit ein.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

CFFP	Centre for Feminist Foreign Policy
GWI	Gunda-Werner-Institut
ICRW	International Centre for Research on Women
IWDA	International Women’s Development Agency
NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
TTIP	Transatlantisches Freihandelsabkommen
UNSR	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
WILPF	Women’s International League for Peace and Freedom/ Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
LGBTQI+	Lesbian, Gay, Bi, Trans, Queer, Intersex +

¹ „weiß“ wird in diesem Band kursiv geschrieben, um auf die soziale Konstruktion von Hautfarbe und die damit einhergehenden Machthierarchien aufmerksam zu machen.

1

Eine feministische Vision, Hintergrund und Ansatz

Feministische Perspektiven und Stimmen, als Ursprung und Ort diskursiven politischen Handelns und politischer Veränderung, generieren in der internationalen Politik zunehmend Aufmerksamkeit und Bewusstsein für Fragen von Außenpolitik, internationaler Sicherheit und Krieg. Feminismus, der aus Frauenrechts- und Friedensbewegungen der ganzen Welt hervorgegangen ist, hat eine wichtige Position im akademischen und politischen Raum eingenommen und stellt eine mächtige Form und einen Ursprung der Intervention gegen alltägliche Formen der Diskriminierung dar, die oft unbemerkt bleiben. Dies wird durch die kulturelle und soziale Akzeptanz, Anerkennung und Förderung des Feminismus als politische Antwort auf problematische Denk- und Handlungsweisen unterstützt, die die Gesellschaft nach wie vor prägen. Die soziokulturelle und politische Dynamik rund um Feminismus, Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte hat es Ländern wie Schweden (2014), Kanada (2017), Frankreich (2018), Luxemburg (2019), Mexiko (2020), Spanien (2021) und Libyen (2021)² ermöglicht, verschiedene Formen feministischer Außenpolitik einzuführen.

Die starke Zunahme von umsichtigen und kritischen Perspektiven auf dieses Konzept und diesen Ansatz hat neue Möglichkeiten eröffnet, alternative Perspektiven und Verständnisse von feministischer Außenpolitik zu bestärken. Im Mittelpunkt der Diskussionen zwischen feministischen zivilgesellschaftlichen Organisationen (z.B. WILPF, CFFP, IWDA, ICRW, GWI), akademischen Forscher*innen³, Politiker*innen und globalen Führungspersonlichkeiten steht die Definition von feministischer Außenpolitik. Wir verstehen Außenpolitik im weitesten Sinne als die Zusammenarbeit, Interaktion und Beziehungen zwischen Staaten, internationalen und regionalen Institutionen sowie transnationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Trotz dieses Rahmens ist Außenpolitik kein isolierter politischer Raum, vielmehr setzt sich Außenpolitik aus alltäglichen Handlungen zusammen, die Auswirkungen auf die tagtägliche Lebenswirklichkeit von Menschen in aller Welt haben. Von Frauen, die auf Obst- und Gemüseplantagen arbeiten und auf günstige internationale Handelsbestimmungen angewiesen sind, bis hin zur geschlechtsspezifischen Arbeit auf Militärstützpunkten in aller Welt – das **Private** ist das Öffentliche und das **Persönliche** ist poli-

tisch⁴. Darüber hinaus ist die Außenpolitik selbst eine alltägliche Praxis, die durch Entscheidungen, Diskussionen und konkrete Handlungen in Außenministerien, Botschaften, der UNO und regionalen Versammlungen, diplomatischen Treffen und politischen Verabschiedungen getragen wird. Wir beziehen uns auf die Arbeit feministischer zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Wissenschaft und bestehende politische Praktiken in unserer Überzeugung, dass patriarchale Hierarchien all diesen Praktiken von Außenpolitik inhärent und endemisch sind, weshalb eine umfassende Umstrukturierung und ein Überdenken dieser Praktiken erforderlich ist⁵. Rahmen und Leitfaden, die in der folgenden Diskussion vorgeschlagen werden, sind Teil einer wachsenden Bewegung, die traditionelle außenpolitische Ansätze herausfordert und in Frage stellt.

Die Einbeziehung der Gleichstellung der Geschlechter in den internationalen politischen Dialog geht auf ein Erbe von Kampf und Widerstand zurück. Als marginalisierte Gruppe sind Frauen seit jeher von Außenpolitik und internationalen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen worden. Fast überall auf der Welt konnten Frauen, neben und

² Lyric Thompson, Spogmay Ahmed and Tanya Khokhar, "Defining Feminist Foreign Policy: A 2021 Update", International Center for Research on Women, September 2021, <https://www.icrw.org/wp-content/uploads/2021/09/Defining-Feminist-Foreign-Policy-2021-Update.pdf>.

³ Siehe Fußnote 6 mit einer Auswahl an akademischen Diskussionen zu diesem Thema.

⁴ Cynthia Enloe, "Bananas, Beaches, Bases" (2014).

⁵ Karin Aggestam, Jacqui True, "Political leadership and gendered multilevel games in foreign policy" (2021).

gemeinsam mit anderen ausgeschlossenen und vulnerablen Einzelpersonen und Gruppen, nicht an wichtigen politischen, wirtschaftlichen und/oder kulturellen Entscheidungen teilnehmen. Ihre Menschenrechte wurden inmitten der internationalen politischen Praxis durch Krieg, militarisierten Gewalt, konkurrierenden Waffenhandel und das Fehlen von Instrumenten zur Konflikttransformation in der Diplomatie vernachlässigt⁶. Aus dieser marginalisierten Position heraus ist feministische Kritik als eine starke Form der Anfechtung internationaler (Außen-)Politik und als Ursprung des politischen Fortschritts entstanden. Die Umsetzung eines kritisch-feministischen Ansatzes innerhalb der Außenpolitik ist eine schwierige Aufgabe, die durch das Fortbestehen patriarchaler Strukturen, unterschiedlicher sozialer und kultureller Kontexte und verschiedener feministischer Interpretationen eingeschränkt und erschwert wird. Folglich sollten feministische Ansätze zu außenpolitischen Themen nicht auf eine universelle Einheitsdefinition beschränkt werden. Vielmehr schlagen wir vor, dass feministische Außenpolitik sorgfältig untersucht und entsprechend den Bedürfnissen und dem Kontext der verschiedenen Gesellschaften überprüft werden muss. Daher sollten Unterschiede und Ausnahmereisnerungen in den Prozess miteinbezogen und nicht als Hindernis für internationale Standards und politische Regulierung gesehen werden, sondern als Ursprung und Katalysator für politische Innovation und kulturelles Bewusstsein. Unser Ziel ist es nicht, eine singuläre Vision von feministischer Außenpolitik zu entwerfen, sondern

einen inklusiven und intersektional ausgerichteten Leitfaden zu entwickeln, der sich mit alltäglichen Praktiken befasst, um die Umsetzung einer vielfältigen und nachhaltigen feministischen Außenpolitik zu mobilisieren und traditionelle Verständnisse und Praktiken der Außenpolitik zu verändern.

Während wir dieses transformative Potenzial des Feminismus in der internationalen Politik verfolgen, dürfen wir das vorrangige Ziel einer feministischen Vision für Frieden und internationale Politik nicht aus den Augen verlieren: die Beseitigung von globaler Ungerechtigkeit und Ungleichheit, die Abschaffung des Militärs und die Schaffung einer friedlichen und sicheren Welt für alle Menschen. Dies ist der Ausgangspunkt dieses Leitfadens und das übergeordnete Ziel unseres feministischen Ansatzes. In Anbetracht des derzeitigen politischen Klimas können sinnvolle Veränderungen jedoch nicht auf einmal erfolgen, sondern sie müssen sich im Laufe der Zeit allmählich und schrittweise vollziehen. Infolgedessen haben Praktiken und Veränderungen, die sich im Rahmen des Alltäglichen abspielen, die größten Auswirkungen, wenn es darum geht, einen nachhaltigen und elementaren Wandel zu ermöglichen. Dieser Leitfaden dient als Orientierung für politische Entscheidungsträger*innen, wenn sie über die praktische Umsetzung von Maßnahmen in verschiedenen Bereichen der Außenpolitik und der internationalen Zusammenarbeit nachdenken, er ist jedoch nicht auf diese beschränkt. Der Leitfaden ist aus den unablässigen Diskussionen über die praktische Umsetzung feministi-

scher Ansätze in der Außenpolitik von feministischen Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen der deutschen Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit abgeleitet.

Der hier vorgestellte Leitfaden ist weder eine Sammlung von rechtlichen Rahmenbedingungen und politischen Instrumenten, noch ist er eine Reihe spezifischer Empfehlungen, welche rechtliche Veränderungen genau vorgenommen werden sollten oder wie ein politischer Maßnahmenvorschlag zu verfassen ist. Vielmehr dient der Leitfaden als Anregung für eine feministisch inspirierte Politikgestaltung, die mit einer Vielzahl von Stimmen, Erfahrungen und Akteur*innen gefüllt werden kann. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir bloß hohle Worte präsentieren, sondern es ist vielmehr unser Ziel, einen wertebasierten Rahmen zu schaffen, um Denkweisen zu verändern und einen feministischen Ansatz in der Außenpolitik zu ermöglichen, der auf unterschiedliche Kontexte anwendbar ist. Unser Leitfaden beginnt damit, dass wir fünf Grundwerte skizzieren, die als Orientierungshilfe dienen sollen, anstatt eine bestimmte feministische Außenpolitik vorzuschreiben. Anschließend werden relevante Politikfelder untersucht und ein Rahmen für die Umsetzung der vorgeschlagenen Grundwerte vorgestellt. Abschließend wird eine Reihe praktischer Leitfragen – die wir als Checkliste für alle außenpolitischen Akteure vorschlagen – vorgestellt, die als Rahmen und Hilfestellung für die tägliche Praxis der Politik und Entscheidungsfindung dienen können.

⁶ J. Ann Tickner. *Gendering World Politics*. (2001): 22.

2

Von Definitionen zu Werten: Ein inklusiver und kontext-basierter Ansatz

Kritiken und Studien zu feministischer Außenpolitik befassen sich häufig mit der normativen und praktischen Ausgestaltung des Ansatzes. Folglich konzentriert sich ein Großteil der Diskussion um feministische Außenpolitik auf: (1) die Definition dessen, was feministische Außenpolitik ist⁷; und (2) die Bewertung der Effektivität aktueller feministischer außenpolitischer Praktiken und Strategien⁸. Obwohl das Verständnis dessen, was eine feministische Außenpolitik ist und was sie beinhalten sollte, eine wichtige Frage ist, lässt die Fixierung auf eine allgemeingültige und konkrete Definition einer feministischen Außenpolitik die unterschiedlichen und vielfältigen politischen Realitäten, die unsere globale Landschaft prägen, außer Acht. Dies führt nicht nur zu einer Homogenisierung der Bedürfnisse verschiedener Gesellschaften, Gemeinschaften und Individuen, sondern auch zu einer starren politischen Definition, die keine praktische Orientierung bietet und sich weit von den alltäglichen Gegebenheiten

von Diskriminierung und Ausgrenzung entfernt. Der Wunsch nach einer konkreten Definition feministischer Außenpolitik steht in Zusammenhang mit internationalen Regulierungspraktiken und Normierungssystemen. Dieses politisch kognitive Verhalten ist das Produkt eines anhaltenden kolonialen Erbes und der Geschichte des Imperialismus, welches auch heute noch politisches Verhalten und Handeln reguliert. Die Beibehaltung eines globalen Schwellenwerts, einer umsetzbaren Checkliste und eines quantifizierbaren Apparats zur Messung von Prozessen und Ergebnissen ermöglicht es Staaten, Institutionen und Organisationen, ihre Fortschritte und die Einhaltung eines Instruments und/oder politischen Rahmens zu demonstrieren und hervorzuheben. Definitionen sind jedoch nur dann produktiv, wenn Begriffe, Grundsätze und Ziele innerhalb der Politik weder zu mehrdeutig noch zu starr sind. Auf diesem schmalen Grad

zwischen einem flexiblen und zugleich rechenschaftspflichtigen Ansatz zu navigieren, ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die ein Überdenken der Art und Weise erfordert, wie wir an Politikgestaltung herangehen.

Die Übersetzung von Feminismus in Außenpolitik hat die Frage aufgeworfen, welches Konzept von Feminismus mobilisiert und unter Umständen „kooptiert“ wird, um eine feministische Außenpolitik⁹ zu produzieren. Feminismus ist ein umstrittenes Konzept, dem eine Vielzahl von Bedeutungen und Interpretationen unterliegt. Die kritische Auseinandersetzung mit Feminismus – was er bedeutet und wie er verwendet wird – ist daher zu einem wichtigen Element bei der Produktion und Analyse feministischer Außenpolitik geworden. Während wir uns keine starre und traditionelle Definition feministischer Außenpolitik zuschreiben – ob normativen Rahmen, Apparat oder Instrument – plädieren wir für unter-

⁷ Siehe Centre for Feminist Foreign Policy (Feminist Foreign Policy – CFFP); Government Office of Sweden (Feminist Foreign Policy); Heinrich Böll Stiftung Warschau (<https://pl.boell.org/pl/2021/02/23/czy-kobiety-uratuja-swiat-feministyczna-polityka-zagraniczna>); IWDA Feminist Foreign Policy: Key Principles & Accountability Mechanisms; ICRW (Defining Feminist Foreign Policy); ICRW (Coalition for a Feminist Foreign Policy in the U.S.); Jennifer Thompson, “What’s Feminist About Feminist Foreign Policy? Sweden’s and Canada’s Foreign Policy Agendas” (2020); Karin Aggestam, Annika Bergman Rosamond and Annica Kronsell, “Theorising Feminist Foreign Policy” (2019); Annika Bergman Rosamond, “Swedish Feminist Foreign Policy and “Gender Cosmopolitanism” (2020); Victoria Scheyer and Marina Kumskova, “Feminist Foreign Policy: A Fine Line between ‘Adding Women’ and Pursuing a Feminist Agenda” (2019); Columba Achilleos-Sarll, “Reconceptualising Feminist Foreign Policy as Gendered, Sexualised and Racialised: Towards a Postcolonial Feminist Foreign Policy (Analysis)” (2018); und mehr.

⁸ Siehe Laura Parisi, “Canada’s New Feminist International Assistance Policy: Business as Usual?” (2020); Karin Aggestam and Annika Bergman Rosamond, “Swedish Feminist Foreign Policy in the Making: ethics, politics, and gender (2016); Marlena Rosén Sundström and Ole Elgström, “Praise or Critique? Sweden’s Feminist Foreign Policy in the Eyes of its Fellow EU Members?” (2020); Fiona Robinson, “A Feminist Foreign Policy for Canada by 2042? Prospects, Possibilities and Pitfalls” (2017); und mehr.

⁹ Jennifer Thompson, “What’s Feminist About Feminist Foreign Policy? Sweden’s and Canada’s Foreign Policy Agendas” (2020).

schiedliche feministische Ansätze, die auf dem Erbe von transnationalem Aktivismus, kritischer Theorie, Alltagspraktiken und Solidarität beruhen und darauf aufbauen. Folglich legen wir nahe, feministische Außenpolitik von einem wertebasierten und kontextspezifischen Standpunkt heraus ins Leben zu rufen. Unsere Vision für feministische Außenpolitik basiert auf fünf Grundwerten: (1) Intersektionalität, (2) Empathische Reflexivität, (3) Substantzielle Repräsentation und Partizipation, (4) Rechenschaftspflicht und (5) Aktives Friedensengagement. Diese Werte sind miteinander verknüpft und wirken zusammen, um ein System ethischer¹⁰ „Checks and Balances“ in allen Bereichen außenpolitischer Entscheidungsfindung und Handlung zu gewährleisten.

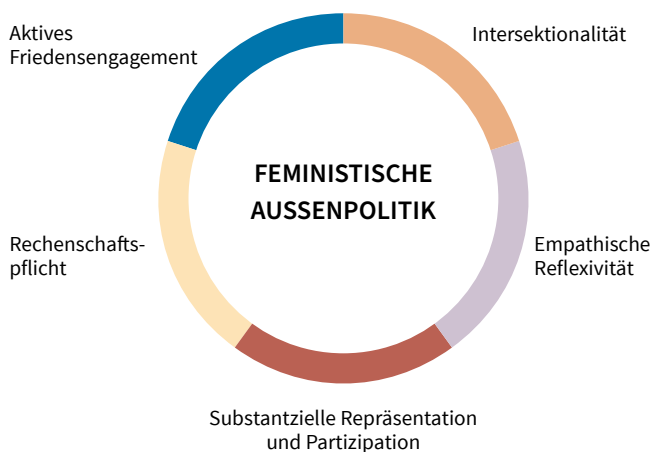


Abb. 1 Fünf zentrale Werte Feministischer Außenpolitik

Wir sehen diese Werte als unabdingbar für die Formulierung einer feministischen und ethischen außenpolitischen Agenda. Indem wir uns der feministischen Außenpolitik von einem wertebasierten Standpunkt aus nähern, haben wir einen handlungsfähigen Leitfaden und eine Orientierung für staatliche und nichtstaatliche Akteure entwickelt, um Außenpolitik **lateral** und nicht **hierarchisch** zu denken. Dies bricht mit dem traditionellen Status quo der internationalen Beziehungen und Politikgestaltung, der sich auf kapitalistische und koloniale Machtverhältnisse konzentriert. Machtdynamiken sind

komplex und hängen von ungleichen Hierarchien ab. Historisch gesehen haben dominante Gruppen innerhalb der Gesellschaft ihre Macht durch die Entmachtung und Unterordnung marginalisierter Gemeinschaften und Bevölkerungsgruppen erlangt und erhalten¹¹. Traditionelle außenpolitische Ansätze sichern den Erhalt dieser Hierarchien, indem sie die nationale, kulturelle und gesellschaftliche Sicherheit in den Mittelpunkt der internationalen Politik stellen. Indem wir uns von diesem ungleichen und ausgrenzenden Ansatz entfernen, können wir den problematischen Kern der Mainstream-Außenpolitik durch die Förderung eines feministischen Ansatzes umgestalten. Hierbei handelt es sich um eine kontextabhängige Anwendung, die darauf abzielt, die traditionellen Machtdynamiken durch eine fundierte und realistische Neuinterpretation der Außenpolitik auszuhandeln.

2.1 INTERSEKTIONALITÄT

Intersektionalität ist ein Konzept, ein Analyseinstrument und eine Praxis, die von Schwarzen Feminist*innen entwickelt und geprägt wurde¹². Es „untersucht, wie überschneidende Machtbeziehungen die sozialen Beziehungen in verschiedenen Gesellschaften wie auch in individuellen Erfahrungen im Alltag beeinflussen“. Dies bedeutet, dass die vielfältigen und unterschiedlichen Formen von Diskriminierung anerkannt und angesprochen werden müssen und wie sie im Verhältnis zueinander agieren, um die Auswirkung auf die politische und soziale Positionierung eines Einzelnen oder einer Gruppe im In- und Ausland zu begreifen. Anstatt die sozialen und politischen Kategorien „Rasse“, Geschlecht, Sexualität, Klassenzugehörigkeit, Nationalität, physische und psychische Fähigkeiten, ethnische Zugehörigkeit, Alter usw. als sich gegenseitig ausschließend zu betrachten, versucht das Konzept von Intersektionalität zu untersuchen, wie diese sozialen Positionierungen miteinander verbunden sind und sich gegenseitig konstituieren. Die Einbeziehung der Intersektionalität in die Außenpolitik ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, traditionelle Formen und Ausdrucksweisen von Macht zu durchbrechen (z.B. die Ordnung und Hierarchie internationaler Institutionen, die Konstruktion von internationalem Recht und Verträgen und den ausschließenden Charakter

¹⁰ Annika Bergman Rosamond, „Swedish Feminist Foreign Policy and “Gender Cosmopolitanism” (2020); Fiona Robinson, „Feminist Foreign Policy as Ethical Foreign Policy? A Care Ethics Perspective” (2021)

¹¹ Toni Hastrup and Jamie J. Hagen, „Global Racial Hierarchies and the Limits of Localization via National Action Plans” (2020)

¹² Kimberlé Crenshaw, „Demarginalizing the intersection of race and sex: A black feminist critique of antidiscrimination doctrine, feminist theory and antiracist politics” (1989); Patricia Hill Collins and Sirma Bilge, „Intersectionality” (2020), aus dem Original übersetzt.

diplomatischer Interaktionen). Indem wir die Art und Weise anerkennen, wie Macht zwischen Individuen und Gemeinschaften ausgeübt und verteilt wird, können wir die Modalität von Diskriminierung transformieren, die durch verschiedene Schauplätze und Ursprünge der Marginalisierung verschärft wird. Intersektionalität ist nicht dasselbe wie „Vielfalt“ oder „Inklusion“ und konzentriert sich auch nicht ausschließlich auf die Überschneidung von „Rasse“ und Geschlecht. Vielmehr erkennt Intersektionalität „multiple, ineinandergreifende Identitäten“ an, die durch „relative soziokulturelle Macht und Privilegien, die individuelle und kollektive Identitäten und Erfahrungen von Menschen prägen“ definiert sind¹³.

2.2 EMPATHISCHE REFLEXIVITÄT

Reflexivität ist ein selbst veranlasster Prozess, der von Einzelpersonen, staatlichen Akteuren und Organisationen verlangt, sich einer kritischen und ethischen Eigenwahrnehmung zu unterziehen, um die eigene Position innerhalb bestehender Machtverhältnisse zu evaluieren. Empathische Reflexivität erfordert, dass diejenigen, die sich in einer Machtposition befinden, sowohl die Auswirkungen ihres Handelns und ihrer historischen Position in Bezug auf andere berücksichtigen als auch aufmerksam und ansprechbar gegenüber den Bedürfnissen der Menschen um sie herum sind. Auf diese Weise sind politische Akteur*innen nicht mehr von den behandelten Themen abgekoppelt, sondern engagieren sich persönlich für

die Situation, die Gemeinschaft und die Menschen und fühlen sich für ihr Handeln verantwortlich. Im außenpolitischen Kontext bedeutet einfühlsame Reflexivität, dass sich politische Entscheidungsträger*innen und nichtstaatliche Akteure mit ihrer eigenen Position, ihren historischen (Macht-) Beziehungen und ihren politischen Investitionen auseinandersetzen müssen, bevor sie bestimmte Entscheidungen treffen, um die Auswirkungen dieser Maßnahmen im Kontext ihrer eigenen Machtposition zu begreifen. Dadurch befinden sich die politischen Entscheidungsträger*innen „auf der gleichen kritischen Ebene wie der Gegenstand selbst“¹⁴. Selbstkritik und Selbstwahrnehmung sind notwendige Schritte, die zu sozialem Wandel und politischer Innovation führen.

2.3 SUBSTANTIELLE REPRÄSENTATION UND PARTIZIPATION

Repräsentation ist nach wie vor ein zentrales Thema im Rahmen der bestehenden Gleichstellungspolitik auf internationaler und nationaler Ebene und wird als Instrument eingesetzt, um Sichtbarkeit und Macht von marginalisierten Menschen und Gemeinschaften zu erhöhen. Der Einsatz bspw. von Quoten zur Förderung marginalisierter Stimmen hat zwar die formale Repräsentation erhöht, so bleiben dennoch zusätzliche Maßnahmen erforderlich, um eine umfassendere Inklusion zu erreichen. Derzeit hat die Art und Weise, wie Repräsentation mobilisiert wird, um intersektionaler Ungleichheit ent-

gegenzuwirken, nur oberflächlich dazu beigetragen, den Mangel an vielfältiger Repräsentation auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Politikgestaltung zu beheben¹⁵. Der Einsatz von Quoten zur Förderung marginalisierter Stimmen durch einen additiven Ansatz garantiert weder, dass sich für die Rechte von Minderheiten eingesetzt wird, noch verändert er die vorherrschenden Ansichten und Vorstellungen von Politik. Substantielle Repräsentation – die Einbindung von Einzelpersonen und Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen in allen Politikbereichen und prominenten Führungspositionen, die sich für Gleichberechtigung einsetzen – setzt voraus, dass die intersektionale Gleichberechtigung als zentraler Bestandteil aller politischen Diskussionen und Maßnahmen wahrgenommen wird.

2.4 RECHENSCHAFTSPFLICHT

Auch wenn Politik häufig Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht vorsieht (Messung der Ergebnisse, Evaluierung und Verlaufsbeobachtung sowie Follow-up-Berichte), bezieht sich die Rechenschaftspflicht im Kontext der fünf Grundwerte auf die Notwendigkeit, dass staatliche und nichtstaatliche Akteure und Institutionen gegenüber den Begünstigten der Politik rechenschaftspflichtig sind. Somit liegt es in der Verantwortung der außenpolitischen Entscheidungsträger*innen und Umsetzungspartner*innen, Verantwortungsbewusstsein und Fürsorgepflicht¹⁶ nicht nur gegenüber staatlichen Institutionen und Finanzinvestoren, sondern auch

¹³ Sam E. Morton, Judyannet Muchiri and Liam Swiss, „Which feminism(s)? For whom? Intersectionality in Canada’s Feminist International Assistance Policy“ (2020); Kimberlé Crenshaw, „Demarginalizing the intersection of race and sex: A black feminist critique of antidiscrimination doctrine, feminist theory and antiracist politics“ (1989) p. 335.

¹⁴ Sandra Harding, „Feminism and Methodology“ (1987): 8.

¹⁵ Karen Celis, Sarah Childs, Johanna Kantola & Mona Lee Krook, „Rethinking Women’s Substantive Representation“ (2008).

¹⁶ Fiona Robinson, „Feminist Foreign Policy as Ethical Foreign Policy? A Care Ethics Perspective“ (2021).

gegenüber den Gemeinschaften und Einzelpersonen, denen die Maßnahmen zugutekommen sollen, zu zeigen. Dies steht im Zusammenhang mit dem **Grundwert 2 Empathische Reflexivität** und der übergreifenden Notwendigkeit für Staaten und Organisationen, kontextbezogene Maßnahmen zu entwickeln, die angemessen auf die Besonderheiten des individuellen sozio-politischen und kulturellen Umfelds eingehen. Dies erfordert auch, dass sich Staaten ihrer innenpolitischen Versäumnisse hinsichtlich ihrer internationalen Bestrebungen bewusst sind. Folglich sollte sich die ethische Dimension feministischer Außenpolitik nicht nur auf die internationale Politik beschränken, sondern auch national zu einem reflexiven und rechenschaftspflichtigen Vorgehen anregen.

2.5 AKTIVES FRIEDENSENGAGEMENT

Traditionelle außenpolitische Ansätze konzentrieren sich auf die Notwendigkeit internationaler und innerstaatlicher Sicherheit¹⁷, die durch den Einsatz nationaler Streitkräfte und einer zunehmenden Militarisierung gewährleistet und aufrechterhalten wird. Feminist*innen plädieren seit langem für Entmilitarisierung, Mediation und den Einsatz gewaltfreier

Mechanismen zur Förderung einer geschlechtersensiblen menschlichen Sicherheit. Der Sicherheitsdiskurs muss jedoch von einer Konzentration darauf, was innerhalb des bestehenden militarisierten Rahmens im Namen der nationalen/internationalen Sicherheit getan werden kann, hin auf die Abschaffung aller strukturierten Gewaltmethoden und Ursprünge von Unsicherheit, insbesondere des Militärs, verlagert werden. Dieser Prozess kann durch den Einsatz eines positiven Friedensansatzes¹⁸ unterstützt werden. Positiver Frieden bezieht sich auf „einen florierenden Frieden, der kooperativ, komplex und inklusiv ist und die Integration der menschlichen Gesellschaft ermöglicht“¹⁹. Ein solcher Ansatz geht über die Abwesenheit von Krieg oder Gewalt (negativer Frieden) hinaus und umfasst die Förderung von sozialer Gerechtigkeit und Wohlbefinden. Dies erfordert ein aktives Engagement für **Frieden durch friedliche Mittel**, das auf Versöhnung, empathischen Dialogen, Gleichheit und Gleichberechtigung sowie auf der Einbeziehung von Gerechtigkeit und Diplomatie in die Konfliktlösung basiert.

Feministische Außenpolitik entwickelt sich immer weiter

Gegenwärtig gibt es eine Reihe von Ländern, die eine bestimmte Form feministischer Außenpolitik eingeführt haben: Schweden (feministische Außenpolitik (2014)²⁰); Kanada (Feministische Internationale Hilfspolitik (2017)²¹); Frankreich (Feministische Diplomatie (2018)²²); Luxemburg (feministische Außenpolitik (2019)²³); Mexiko (feministische Außenpolitik (2020)²⁴); Spanien (feministische Außenpolitik (2021)²⁵); und Libyen (feministische Außenpolitik (2021)²⁶). Trotz ihres Engagements für einen feministischen Ansatz haben diese Vorreiter*innen jedoch oft innen- und außenpolitische Ansätze beibehalten, die ihre feministischen Initiativen untergraben²⁷, wodurch traditionelle außenpolitische Strukturen weitgehend intakt bleiben. Es ist notwendig, feministische Praktiken besser in die Alltagsarbeit von politischen Akteur*innen, Institutionen, Organisationen und Regierungen zu integrieren und die internationale Gemeinschaft als Ganzes muss daran arbeiten, ungleiche und hierarchische globale Machtstrukturen zu bekämpfen. Länder, die sich ausdrücklich zu einer feministischen Außenpolitik bekennen, sind von dieser Verantwortung

¹⁷ Soumita Basu, Paul Kirby and Laura J. Shepherd, "Women, Peace and Security: A Critical Cartography (2020).

¹⁸ Paul Kirby and Laura Shepherd, "The futures past of the Women, Peace and Security agenda" (2016).

¹⁹ Grewal, B. S. and Galtung, J., 'Positive and negative peace', School of Social Science: Auckland University of Technology, vol. 30 (Aug. 2003), pp. 23–26; Gary Milante "Peace and Development" (2017), aus dem Original übersetzt.

²⁰ Government Offices of Sweden, "Handbook on Feminist Foreign Policy" (2018).

²¹ Government of Canada, "Canada's Feminist International Assistance Policy" (2017).

²² Ministère de L'Europe et des Affaires Étrangères, "Feminist Diplomacy" (2018).

²³ Le Gouvernement du Grande-Duché de Luxembourg Ministère des Affaires étrangères et européennes, "Foreign Policy Address" (2019).

²⁴ Gobierno de México Secretaría de Relaciones Exteriores, "Conceptualizing Feminist Foreign Policy: Notes for Mexico" (2020).

²⁵ Gobierno de España Ministerio de Asuntos Exteriores, "Spain's Feminist Foreign Policy: Promoting Gender Equality in Spain's External Action" (2021).

²⁶ ICRW, "Defining Feminist Foreign Policy: A 2021 Update (2021).

²⁷ Laura Parisi. "Canada's New Feminist International Assistance Policy: Business as Usual? (2020); Karin Aggestam and Annika Bergman Rosamond, "Swedish Feminist Foreign Policy in the Making: ethics, politics, and gender (2016).

keineswegs ausgenommen, vielmehr liegt es an ihnen, den Weg zu weisen und die Grenzen der traditionellen Außenpolitik weiter zu verschieben. Wie in diesem Leitfaden immer wieder betont wird, manifestiert sich feministische Außenpolitik im Alltag und sollte im Gegenzug auch von diesem geprägt sein. Diskriminierung, Vorurteile und Gewalt sind alltägliche Erscheinungen, die in den Systemen, Strukturen und Formen des politischen Denkens und Handelns verankert sind, die tagtäglich in einer Bandbreite von Themen und Politikbereichen stattfinden und Ungleichheit und Unterdrückung im internationalen System reproduzieren. feministische Außenpolitik ist dynamisch und unterliegt der Weiterentwicklung, der ständigen Verbesserung und der Bereitschaft, es besser zu machen und besser zu sein. Indem wir uns feministischer Außenpolitik aus einer werteorientierten Perspektive und in Bezug auf die alltäglichen Lebensrealitäten von Menschen auf der ganzen Welt in ihren jeweiligen Kontexten nähern, können wir gemeinsam daran arbeiten, eine weit verbreitete feministische (Neu-)Vision der internationalen Politik zu generieren. Dies erfordert die Aufnahme feministischer Perspektiven in allen Bereichen der Außenpolitik.

3

Was bedeutet dies für die verschiedenen Bereiche der Außenpolitik?

Welche Bereiche des externen Handelns sind für eine feministische Außenpolitik relevant?

Die Antwort ist einfach: alle. Um die bereichsübergreifende Relevanz feministischer Außenpolitik greifbar zu machen, wird dieser Leitfaden im Folgenden auf bestimmte (außen-)politische Politikfelder angewandt. Feministische Praxis in der Außenpolitik muss als systemübergreifender Ansatz verstanden werden, der nicht einfach zu bestehenden politischen Rahmenbedingungen hinzugefügt wird, sondern die Herangehensweise und den Fokus der Außenpolitik in Richtung einer distinktiven feministischen „Art und Weise, Dinge zu tun“ verschiebt, die mit den fünf Grundwerten übereinstimmt.

In der Erstellung dieses Leitfadens sind wir uns der Grenzen der Umsetzung von feministischer Außenpolitik im derzeitigen geopolitischen Umfeld und Denken bewusst. Eine feministische Außenpolitik zu gestalten – und sie umzusetzen – braucht Zeit. Unser Ziel ist es daher, feministische Wege in verschiedenen Bereichen der Außenpolitik aufzuzeigen und die Botschaft zu vermitteln, dass eine feministische Außenpolitik in allen Politikbereichen erwünscht ist und folglich integriert werden sollte. Wir haben uns

dafür entschieden, Einblicke in verschiedene außenpolitische Bereiche zu geben, die von den Außenministerien in aller Welt als wichtige außenpolitische Ressorts angesehen und priorisiert werden, jedoch weiterhin in traditionellen, patriarchalischen Strukturierungsmechanismen verankert sind. Die fünf Grundwerte leiten unseren Ansatz, Feminismus in den Strukturen und der Praxis der Außenpolitik zu praktizieren. Es ist unser Ziel, einen Rahmen für einen stärkeren ethischen Ansatz in der Außenpolitik voranzubringen, der letztlich zu einer feministischen Vision führen kann (siehe S. 4). Die Umsetzung einer feministischen Außenpolitik erfordert Engagement und schrittweises Vorgehen.

Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass die Umsetzung einer feministischen Agenda häufig vom politischen Willen einzelner Entscheidungsträger*innen in der Regierung abhängt (IWDA-Bericht 2021), was auf die Bedeutsamkeit eines Ansatzes hinweist, der sich mit spezifischen Portfolios zur Umsetzung von Veränderungen befasst. Auf diese Weise können sowohl einzelne Akteur*innen als auch Institutionen, die die Politik gestalten, eine dezidierte feministische Agenda verfolgen. Wir versuchen, diesen politischen Realitäten Rech-

nung zu tragen, indem wir einen transformativen Ansatz bieten, der die Bedeutung schrittweiser, aber substantieller Schritte aus feministischer Sicht anerkennt.

3.1 FEMINISTISCHE DIPLOMATIE IN DER PRAXIS

Die aktuellen Verhandlungen zwischen Deutschland und Namibia sind ein gutes Beispiel dafür, die möglichen Vorteile einer feministischen Praxis in der Diplomatie aufzuzeigen. Nach mehr als einem Jahrhundert des Schweigens hat die deutsche Regierung 2015 offiziell den Völkermord an den Herero und Nama durch die deutschen Kolonialherren im frühen 20. Jahrhundert anerkannt und im Sommer 2021 erstmals eine offizielle Entschuldigung veröffentlicht.

Wer ist im/durch den diplomatischen Dienst vertreten? Wer hat Zugang zu internationalen Verhandlungsprozessen? Wer stellt die Agenda der globalen Diplomatie?

In der Theorie kann Diplomatie als gewaltfreies Instrument für Regierungen und staatliche Akteur*innen betrachtet werden, um auf Verständigung, Zusammenarbeit, Versöhnung und letztlich Frieden hinzuarbeiten. In der Praxis wird die Diplomatie oft zu einem „stark hierarchisch geprägten

Bereich der staatlichen Politik, der immer noch auf kolonialen Machtstrukturen aufbaut²⁸, in dem Frauen und andere marginalisierte Gruppen unterrepräsentiert sind und von Verhandlungen und Prozessen ausgeschlossen werden²⁹. Trotz zunehmender Bemühungen, nichtstaatliche Akteur*innen in diplomatische Verhandlungen einzubeziehen, bleibt die heutige Diplomatie in Wahrheit staatlich zentriert³⁰. Die fehlende Repräsentation von Frauen im aktiven diplomatischen Dienst wurde in vielen Außenministerien in Angriff genommen, und verschiedene diplomatische Dienste haben Lippenbekenntnisse zum „Eintreten für die Gleichstellung der Geschlechter in internationalen Foren“³¹ abgegeben. Feministische Diplomatie sollte jedoch viel mehr beinhalten als die Vertretung von (vermutlich bereits privilegierten) Frauen in den Reihen der Diplomaten. Der bloße Auswechsel der Spieler*innen ändert nichts am Spiel selbst. Stattdessen muss sich das Verhalten der Diplomatie von einem staatszentrierten, nationalen Sicherheitsdenken hin zu einem menschenzentrierten, kontextspezifischen und wertorientierten Ansatz verschieben, der mit geschlechtsspezifischen und rassistischen Hierarchien bricht durch die Art und Weise, wie er ermöglicht wird.

Ein feministischer Weg in der Diplomatie

Das Entschädigungsangebot Deutschlands reicht allerdings nicht aus, um eine aufrichtige und **rechenschaftspflichtige** Aufarbeitung vergangener kolonialer Gräueltaten zu ermöglichen. Die Verhandlungen wurden kritisiert, weil es an einer **bedeutsamen Vertretung, insbesondere der Zivilgesellschaft**, mangelte³². Bedeutsame Vertretung und Beteiligung bedeuten, dass diplomatische Bemühungen Raum, Mittel und Kapazitäten bereitstellen, insbesondere für Gruppen, die traditionell außerhalb der formalen Diplomatie angesiedelt sind, damit sie an den diplomatischen Bemühungen teilnehmen können.

Ein engagierter und verantwortungsbewusster Ansatz bei der Wiedergutmachung des Völkermords an den Herero/Nama hätte auf einer intersektionalen Einbeziehung der Verhandlungspartner*innen beruht und sich speziell an marginalisierte Gruppen gewandt, um sicherzustellen, dass Entschädigungen – Reparationen – diesen Gruppen am meisten zugutekommen. Die Forschung zeigt, dass „Erzählungen über den Völkermord an den Ovaherero/Nama häufig die geschlechtsspezifischen Erfahrungen von Frauen vernachlässigen oder die Rolle der Frauen auf die der Opfer

und/oder der Pflegenden reduzieren“³³. Das Beispiel der Unzulänglichkeiten in den Verhandlungen mit Namibia verdeutlicht auf verschiedene Weise den anhaltenden Schaden der durch eine Außenpolitik angerichtet wird, die sich nicht nachdrücklich dafür einsetzt, gegen die vorherrschenden Ungleichheiten vorzugehen die aus der eigenen Kolonialgeschichte und dem eigenen Kolonialerbe hervorgehen, oder gegen den maskulinen Bias, der in den bestehenden außenpolitischen Praktiken noch immer vorhanden ist. Die Integration einer **empathisch-reflexiven** Herangehensweise an die Rolle Deutschlands würde dazu beitragen, einen empathischen Bezug zu zukünftigen und vergangenen Erfahrungen zu fördern.

Die Tugend der Diplomatie als Instrument der gewaltfreien Zusammenarbeit zu verstehen, bietet einen guten Ausgangspunkt für ein **aktives Friedensengagement**. In Koppelung mit einer ehrgeizigen Agenda, die die Gleichstellung der Geschlechter zur obersten Priorität macht, beispielsweise durch die Initiierung von Gipfeltreffen, (hochrangigen) Dialogen und integrativen Verhandlungen, könnte die Diplomatie ein wirksames und wichtiges Instrument für einen feministischen Weg in die Außenpolitik werden.

²⁸ Sam Okoth Opondo. "Diplomacy and the Colonial Encounter". In: Constantinou (eds) The SAGE handbook of diplomacy (2016), aus dem Original übersetzt.

²⁹ Karin Aggestam, Ann E. Towns, "Gendering Diplomacy and International Negotiation" (2018).

³⁰ Nadine Ansorg, Toni Haastруп, Katharine A. M. Wright. "Foreign Policy and Diplomacy. Feminist Interventions" (2021) in Nadine Ansorg, Toni Haastруп, Katharine A. M. Wright (eds.). Routledge Handbook of Feminist Peace Research.

³¹ French government on "Feminist Diplomacy" <https://www.diplomatie.gouv.fr/en/french-foreign-policy/feminist-diplomacy/>, aus dem Original übersetzt.

³² Diese Kritik wurde diskutiert und reflektiert (interview with Esther Muinjangu from June 2, 2021 at die Zeit, <https://www.zeit.de/zett/politik/2021-06/voelkermordnamibia-esther-utjiua-muinjangu-genozid-herero-abkommen>); feature at Deutschlandfunk September 21, 2021 (https://www.deutschlandfunk.de/versoehnungsabkommen-mit-namibia-deutschland-erkennt.2897.de.html?dram:article_id=497979).

³³ Penohole Brock, Ester Muinjangu, "Gender, genocide, and memorialisation in Namibia" (2021) in Gender, Transitional Justice and Memorial Arts, aus dem Original übersetzt.

3.2 FEMINISTISCHE GLOBALE SICHERHEIT IN DER PRAXIS

Wer definiert Sicherheit? Und, noch wichtiger, wer definiert sie nicht?

Sicherheit ist ein zentrales Element im Diskurs über internationale Beziehungen und Außenpolitik. Traditionell steht die Sicherheit des Staates im Mittelpunkt der Außenpolitik, wobei Frieden als Abwesenheit von Krieg definiert wird. Dies wird als negativer Frieden bezeichnet, und seine Erhaltung wird durch militärische und (traditionelle) Sicherheitsakteure gewährleistet³⁴. Im 20. Jahrhundert wurden internationale Strukturen wie die UNO, die EU und die NATO – wenn auch mit sehr unterschiedlichen Absichten und Begründungen – geschaffen, um die Zusammenarbeit zwischen Staaten zu ermöglichen und den Raum für gewaltsame (militärische) Angriffe mit verschiedenen Mitteln einzudämmen. Die Zusammensetzung und Führungsstruktur zentraler Gremien, vor allem des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (UNSR), legt jedoch kritische Entscheidungen über Krieg und Frieden in die Hände staatlicher Akteur*innen – vor allem Staaten des globalen Nordens, die über Atomwaffen verfügen. In Anbetracht der Tatsache, dass alle fünf ständigen Mitglieder des UNSicherheitsrates über Atomwaffen verfügen, wird Sicherheit durch den Willen des Stärkeren definiert,

wodurch verwehrt wird, Sicherheit gleichmäßig unter allen Staaten im internationalen System zu verteilen.

Der US-Amerikanische „Krieg gegen den Terror“ ist ein Beispiel für den zeitgenössischen Sicherheitsdiskurs, der in erster Linie von der Wahrnehmung westlicher Staaten und ihrem Bedürfnis nach größerer „Sicherheit“, dem die oben genannten Strukturen dienen, geleitet wird³⁵. Infolgedessen wurden trotz der Auswirkungen von Terrorismus und der Terrorismusbekämpfung (einschließlich der Auswirkungen auf den Zugang zu einer menschenwürdigen Existenz) von westlichen Militärmächten Maßnahmen ergriffen, die Bevölkerungen weiter schaden. Geschlechtsspezifische und rassifizierte Auswirkungen wie die Zerstörung der Existenzgrundlage von Millionen von Menschen wurden dabei ignoriert, ebenso wie die Handlungsfähigkeit dieser Menschen und die Tatsache, dass sie in ihrem Alltagsleben aufgrund des „war on terror“ prekären Sicherheitsverhältnissen ausgesetzt werden³⁶. „Situationen der Unsicherheit“³⁷ außerhalb der westlichen Peripherie haben zu anhaltender Instabilität in Gebieten geführt, die als Orte der Bedrohung für den Westen definiert werden, was oft mit Argumenten gerechtfertigt wird, die sich auf ‚Kultur‘ beziehen und durch Rassismus untermauert sind.

Daher muss die Frage, **wer** Sicherheit definieren darf, erweitert werden und darüber nachgedacht werden, was diese Staaten als Sicherheit definieren und **was bzw. wer durch diese Definition ausgeschlossen wird**. Die feministische Vorreiterin Cynthia Enloe hat zu feministischer Neugier³⁸ aufgerufen, um Konzepte wie Sicherheit, Stabilität, Gewalt und Krise jenseits der vorherrschenden Interpretationen neu zu überdenken. Dies ermöglicht es Forscher*innen und Praktiker*innen gleichermaßen, beschränkten, ausgrenzenden und fehlgeleiteten Konzepten zu entkommen³⁹.

Ein feministischer Weg zur globalen Sicherheit

Sicherheit ist ein komplexes und feministisches Thema, insbesondere, weil die Wahrnehmung von Bedrohung von einer Vielzahl rationaler und emotionaler Faktoren abhängt. Dies macht die Prävalenz **empathischer Reflexivität** umso relevanter, damit über das Ausmaß einer Krise und die notwendigen Interventionen durch eine intersektionale Perspektive reflektiert werden kann. Eine **intersektionale Perspektive** ist notwendig, um die Auswirkungen der (Un-)Sicherheit von Menschen innerhalb etablierter Partnerschaften und die damit einhergehenden, divergierenden Folgen für verschiedene Gruppen zu verstehen.

³⁴ Johan Galtung. „Violence, Peace, and Peace Research.“ (1969).

³⁵ Barry Buzan, „Will the ‘global war on terrorism’ be the new Cold War?“ (2006).

³⁶ Nicola Pratt. „Reconceptualizing Gender, Reinscribing Racial-Sexual Boundaries in International Security: The Case of UN Security Council Resolution 1325 on ‘Women, Peace and Security’ 1: Reconceptualizing Gender, Reinscribing Racial-Sexual Boundaries“ (2018).

³⁷ Speziell in Bezug auf die Antwort der USA auf globale Bedrohungen haben außenpolitische Berater*innen bestimmte Staaten definiert, von denen Bedrohungen ausgehen, und Verbündete, die den USA und dem Westen helfen können um diese Bedrohungen zu bekämpfen; der Begriff bezieht sich auf eine US-zentrierte Sichtweise auf als feindlich wahrgenommene Staaten und Regionen <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2006/04/states-of-insecurity/304673/>.

³⁸ Zum Ausdruck gebracht durch die Frage: „Wo sind die Frauen?“

³⁹ Cynthia Enloe. „Bananas, Beaches and Bases, Making Feminist Sense of International Politics“ (2014):16; See also Valerie M. Hudson, Bonnie Ballif-Spanvill, Mary Caprioli, Chad F. Emmet, „Sex and World Peace“ (2014); J. Ann Tickner. „Gendering World Politics“ (2001). Agathangelou, A. „From the Colonial to Feminist IR: Feminist IR Studies, the Wider FSS/GPE Research Agenda, and the Questions of Value, Valuation, Security, and Violence.“ (2017).

Beispielsweise ist das EU-Türkei-Abkommen von 2016, welches darauf abzielt, Migration in die EU zu regulieren, ein Kooperationsabkommen zwischen Führungspersonlichkeiten, die Prinzipien der Menschenrechte ignorieren und internationales Recht und Integrität für bestimmte Gruppen von Menschen verletzen, in diesem Fall die der betroffenen Migrant*innen.

Gewaltfreie Handlungen und die Bildung und Stärkung von friedensfördernden Kanälen können gegenseitiges Vertrauen schaffen, was den Akteur*innen ermöglicht, Sicherheit als **aktiven Friedensprozess** neu zu definieren und in die Konfliktlösung und -transformation einzubeziehen. Gekoppelt mit einer zusätzlichen Ebene der Reflexivität könnten politische Entscheidungen durch den Abbau von Vorurteilen angegangen werden, wodurch schädliche Stereotypisierungen verschiedener Weltregionen verhindert werden könnten wie beispielsweise Westasien (oft als „Naher Osten“ bezeichnet) oder Gruppen wie „Araber“, die keineswegs eine homogene Gruppe sind, aber in Sicherheitsdiskursen (insbesondere seit 9/11) allesamt negativ wahrgenommen werden. Friedensdiskurse beinhalten die Dekonstruktion von Wahrnehmungen und Zuschreibungen, wobei sie die schädliche Natur von Versicherheitlichung (securitization) und Voreingenommenheit auf den verschiedenen Ebenen der globalen Sicherheit verstehen.

Um gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen, ist eine **substantielle Vertretung** entscheidend. Verhandlungen im Zusammenhang mit Sicherheitsfragen, Konflikten oder Versöhnung sind eine heikle Angelegenheit, weshalb es umso wichtiger ist, Gruppen, die traditionell von Verhandlungen ausgeschlossen werden, einen sicheren Raum zur Teilhabe zu bieten. Politische Ökonomie und technologische oder militärische Kapazitäten sollten nicht über die Macht oder das politische Gewicht eines Staates oder einer Gruppe in Sicherheitsfragen entscheiden.

Die **Rechenschaftspflicht** in Bezug auf die Sicherheit der Menschen kann durch die Betrachtung der (Un-)Sicherheiten von Frauen gemessen werden, da dies bereits als Frühwarnmechanismus für Konflikte dienen kann⁴⁰. Die Betrachtung der Auswirkungen auf die Sicherheit von Frauen und anderen marginalisierten Personen hilft bei der Bewertung von Entscheidungen im Bezug auf Sicherheitspraktiken.

3.3 UMWELT UND KLIMA-GERECHTIGKEIT IN DER PRAXIS

Was macht Klima- und Umweltpolitik zu einem feministischen Thema?

Was sind die intersektionalen Auswirkungen der globalen Klimakrise?

Klimaaktivismus hat ein weibliches Gesicht und in der Tat sind Frauen und marginalisierte Menschen am

stärksten von der Klimakrise betroffen⁴¹. Frauen sind bereits überproportional von Armut betroffen, und ihre Notlage nimmt mit extremen Wetterbedingungen aufgrund des Klimawandels noch weiter zu. Dies führt zu „höheren Arbeitsbelastungen für Frauen, beruflichen Gefahren im Innen- und Außenbereich, psychischem und emotionalem Stress und einer höheren Sterblichkeitsrate im Vergleich zu Männern“⁴². Im Widerstand gegen die fehlende Klimagerechtigkeitspolitik und Maßnahmen zum Klimaschutz sind in diesem Jahr indigene Gruppen in Brasilien gegen Repressalien der Polizei auf die Straße gegangen, um gegen die Abholzung zu protestieren, die nicht nur das globale Klima bedroht, sondern auch ihre Rechte und Lebensgrundlagen⁴³.

Doch selbst eine „grüne“ Politik ist nicht unbedingt mit einer ethischen Politik gleichzusetzen. Die bestehende Naturschutzpolitik, die darauf abzielt, gefährdete Ökosysteme zu erhalten, wird von indigenen Gruppen und BIPOC-Aktivist*innen kritisiert⁴⁴. Die Naturschutzpolitik hat zu ehrgeizigen Plänen für die Einrichtung von Umweltschutzzonen geführt, ignoriert jedoch dabei die territorialen Rechte von indigenen Bevölkerungsgruppen, die seit Jahrhunderten an diesen Orten leben und die wertvollen Ökosysteme schützen. Es kann keine nachhaltige Entwicklung geben, wenn

⁴⁰ Jacqui True. *The political economy of violence against women* (2012).

⁴¹ Ginette Azcona and Antra Bhatt, „Inequality, gender, and sustainable development: measuring feminist progress“ (2020).

⁴² „Understanding Why Climate Change Impacts Women More Than Men“ (March 5, 2020), commentary at <https://www.globalcitizen.org/en/content/how-climate-change-affects-women/>, aus dem Original übersetzt

⁴³ Dringender Appell der Vereinigung der indigenen Völker Brasiliens an die UNO (06.07.2021) über die Bedrohung und Verhinderung der Begrenzung von indigenem Land und anerkannten Territorien und der Zerstörung der verfassungsmäßigen Rechte der indigenen Völker in Brasilien https://apiboficial.org/files/2021/07/Urgent-Appeal_Brazil-Draft-Bill-490.pdf

⁴⁴ „Erster Kongress zur Dekolonialisierung des Naturschutzes schließt mit Forderung nach menschenrechtsbasiertem Ansatz“ (September 6, 2021), commentary at <https://survivalinternational.de/nachrichten/12648>; congress webpage at <https://de.ourlandournature.org>.

Gerechtigkeit im Großen und Ganzen nicht berücksichtigt wird⁴⁵.

Der feministische Weg zur Klima- und Umweltpolitik

In den letzten Jahren und Monaten wurde vielen Politikbereichen ein neuer grüner Anstrich verpasst, an dem es viel zu feiern gibt, sollten diese Ziele auch ehrlich angestrebt werden. Doch obwohl etwas auf Nachhaltigkeit im ökologischen Sinne abzielt, ist es noch lange nicht gleichberechtigt und diskriminierungsfrei. In der Tat zeigt die aktuelle Umwelt- und Klimapolitik, wie wichtig es ist, Außenpolitik und die alltägliche Dimension der Politikgestaltung neu zu denken und zu analysieren, wie diese beiden Ebenen zusammenhängen. Die Anerkennung der alltäglichen Auswirkungen der Klimakrise sollte sich in der Vertretung dieser Stimmen innerhalb der strategischen Planung niederschlagen.

Die Naturschutzpolitik zeigt kurz und bündig, dass eine **intersektionale Analyse** erforderlich ist, um zu ermitteln, wie die vom Klimawandel am stärksten Betroffenen Personen und Personengruppen in die Politikgestaltung einbezogen werden können und wer unverhältnismäßig stark unter den (unbeabsichtigten) Folgen ungerechter Maßnahmen leidet. Indigene Interessenvertretungsgruppen und Aktivist*innen fordern seit langem Gerechtigkeit und Zugang zu Entscheidungsfindungen in Bezug auf indigenes Land und Naturschutzge-

biete⁴⁶. Insgesamt mangelt es der Umweltbewegung nicht an Fürsprecher*innen und lautstarken Aktivist*innen. **Substantielle Vertretung** bedeutet, dass die Stimmen, Interessengruppen und öffentlichen Proteste bei der Politikgestaltung durch umfassende Konsultationen und Entscheidungsstrukturen wirklich berücksichtigt werden. Dazu gehören die Stimmen indigener Bevölkerungsgruppen, wenn es um ihr Land geht, einkommensschwache Familien, wenn über eine umweltfreundliche Wohnungspolitik debattiert wird, oder Fridays for Future Aktivist*innen, in der Beratung zu städtischer Verkehrsplanung.

Ein **empathisch-reflexiver Ansatz** kann die politischen Entscheidungsträger*innen dazu bringen, vergangene (koloniale) Ungerechtigkeiten und deren bis heute andauernde Hinterlassenschaften anzuerkennen und darauf zu reagieren, aber auch über die Auswirkungen heutiger Maßnahmen und politischer Entscheidungen für kommende Generationen nachzudenken. Dies könnte bedeuten, die ungleichen Auswirkungen und Folgen der Umweltzerstörung auf den Globalen Süden, sowie auf weniger entwickelte und einkommensschwache Länder und Gemeinschaften anzuerkennen.

Rechenschaftspflicht ist daher der Schlüssel zur Anerkennung der Rolle und der Verantwortung, die alle Akteur*innen im Kampf gegen die globale Klimakatastrophe spielen und

für den insbesondere Bewegungen wie Fridays For Future ein großartiger Partner bleiben, um die Entwicklungen zu beobachten und jeweilige Akteur*innen zur Verantwortung ziehen zu können.

3.4 FEMINISTISCHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IN DER PRAXIS

Auf welche Art und Weise wird internationale Entwicklungszusammenarbeit durch vorherrschende Praktiken limitiert? Wie untergraben bestehende Machtdynamiken sinnvolles Handeln und fördern schädliche Machthierarchien?

Internationale Entwicklung ist ein zentraler Pfeiler von Außenpolitik. Wie das Beispiel Kanadas und seine gezielte internationale feministische Hilfspolitik zeigt, ist die Entwicklungszusammenarbeit zu einem zentralen Ort feministischer Intervention geworden. Ein Kernziel der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist die Beseitigung von Armut⁴⁷, was in der Entstehung von Aktivitäten und Ansätzen zur Schaffung von Existenzgrundlagen und Einkommensmöglichkeiten (z. B. Unternehmensgründungen) für benachteiligte Gruppen widerspiegelt wird. Es wird auf die Verringerung von Ungleichheiten hingearbeitet, wobei der Schwerpunkt zunehmend auf der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern liegt, das Geschlecht wird dabei als Kennzeichnung für die Messung der Geschlechterinklusion verwendet, während es oft lediglich bei einer Erwähnung von ‚women’s empowerment‘ bleibt.

⁴⁵ „Umweltgerechtigkeit ist der Schnittpunkt von sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz, bei dem auch die Ungerechtigkeit der Umweltzerstörung berücksichtigt wird“, sagt die Aktivistin Leah Thompson: <https://www.thegoodtrade.com/features/environmental-justice>. Sieht auch z.B. die Indigenous Youth Declaration for Climate Justice von Seed, Australiens erstem indigenen Jugendnetzwerk: https://www.seedmob.org.au/indigenous_youth_declaration.

⁴⁶ If not us then who: „Indigenous demands“ <https://ifnotusthenwho.me/about/demands/>.

⁴⁷ Siehe z.B. die 2030 Agenda for Sustainable Development unter <https://sdgs.un.org/goals>.

In den letzten Jahren hat die Besorgnis über die historisch verankerte Machtdynamik, die der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zugrunde liegt, zugenommen. Der bevormundende Charakter der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe wurde unter anderem von postkolonialen Feminist*innen wie Gayatri Chakravorty Spivak⁴⁸ dafür kritisiert, dass sie einen Weg vorgeben die den Empfänger*innen wenig oder kein Mitspracherecht einräumt und bei der die Erfahrungen von nicht-weißen und nicht-westlichen Frauen oft für die Ziele einer westlichen Entwicklungsagenda missbraucht werden⁴⁹.

Vor allem der Sektor der Entwicklungszusammenarbeit war Zeuge zahlreicher Skandale im Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung von überwiegend weiblichen Ortskräften durch strukturell stärkere, nicht ortsansässigen, meist weißen Kollegen⁵⁰. Diese intersektionale Machtdynamik repliziert koloniale Praktiken und zeigt, auf welche gewalttätige Art und Weise sich Machtungleichgewicht im Alltag manifestieren kann. Diese ungleichen sozialen Positionen und ihre realen Folgen sind in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit weit verbreitet. Solange dieses strukturell bedingte Machtungleichgewicht nicht in Angriff genommen wird, wird das Potenzial der internationalen Entwicklungszusammenarbeit untergraben und keine nachhaltigen Veränderungen bewirken.

Ein feministischer Weg in der Entwicklungszusammenarbeit beinhaltet eine strukturelle Makro- und Mikroanalyse unter verschiedenen Aspekten:

Empathische Reflexivität kann es uns ermöglichen, individuelle und sektorielle Verfahren und ihre Bedeutung für diejenigen zu verstehen, die angesprochen werden. Die ungleiche Verteilung des weltweiten (wie auch inländischen) Wohlstandes hält trotz der enormen Mittel, die für Entwicklungsprojekte bereitgestellt werden, an. Der Zugang zu und der Besitz von monetären Ressourcen als Determinanten von Entwicklung bestimmen nach wie vor Machthierarchien, individuelle und kollektive Interessen sowie politische Präsenz und Ansehen. Dies spiegelt sich in der kritisch zu betrachtenden Aufteilung der Welt in „Industrialationen“ und „Entwicklungsländer“ wider – ein Konzept, das in der alltäglichen Diskussion, Planung, Umsetzung und Bewertung oft ausgeklammert und ignoriert wird.

Rechenschaftspflicht kann unterschiedlich aussehen, je nachdem, ob ein Programm beispielsweise auf die Erfüllung der Agenda eines bestimmten Gebers ausgerichtet ist oder über unabhängige Rahmenbedingungen verfügt. Wichtig ist, ob ein Programm auf Kontinuität und (werteorientierten) Wandel ausgerichtet ist. Dies bedeutet, dass rechenschaftspflichtige Maßnahmen nicht nur aus der Perspektive der Geber*innen, sondern auch aus der Perspektive der Neh-

mer*innen, also der Betroffenen, betrachtet werden müssen. Die Ausgestaltung von Rechenschaftsmechanismen mit einer **substantiellen Vertretung** der Betroffenen, z.B. durch Menschenrechtsorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit, um nur ein Beispiel zu nennen, geht über einen ergebnisorientierten Prozess hinaus und sorgt für Kooperation und den Abbau von Hierarchien.

Ein **intersektionaler Ansatz** kann zu einer gründlicheren Kontextanalyse führen, um herauszufinden, welche Gruppen besondere Unterstützung benötigen, wie z.B. LGBTQI+-Gemeinschaften oder verschiedene Ethnien. Die Einbeziehung einer intersektionalen Perspektive kann integrative Praktiken in der Entwicklungszusammenarbeit fördern, da sie von einem restriktiven, einheitlichen Ansatz abweicht und Zusammenarbeit auf Augenhöhe ermöglicht.

Ein **aktives Friedensengagement** für Entwicklungsprojekte kann langfristige und nachhaltige Projekte fördern, die zu sozialer Gerechtigkeit und Gleichstellung der Geschlechter beitragen, da dies den Grundstein für (positiven) Frieden legt.

3.5 PRAKTIKEN FEMINISTISCHER HANDELSPOLITIK

Welche Auswirkungen haben internationale Handelsabkommen auf Frauen und marginalisierte Gruppen? Wer kann davon profitieren und wer wird möglicherweise benachteiligt?

⁴⁸ Gayatri Chakravorty Spivak. "Can the Subaltern Speak?" (2003).

⁴⁹ Chandra Mohanty. "Under Western eyes: Feminist scholarship and colonial discourses." (1988).

⁵⁰ Insbesondere die Beweise aus der Demokratischen Republik Kongo werfen einen Schatten auf die Ernsthaftigkeit der Hilfsprogramme, siehe Kommentare unter z.B. <https://www.bbc.com/news/world-africa-58710200> and <https://www.thenewhumanitarian.org/2021/05/12/exclusive-new-sex-abuse-claims-against-ebola-aid-workers-exposed-congo>.

Handel ist ein hoch politisiertes Thema und muss als wichtiger Ursprung von Handlungsmacht in der Außenpolitik verstanden werden. Als zentrales Instrument des globalisierten Kapitalismus, das den Mächtigsten zugute kommt, führen Handelspolitik und insbesondere Handelsabkommen oft zu einer Fortschreibung bestehender sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Ungleichheiten in der Gesellschaft⁵¹. Freihandelsabkommen wie NAFTA oder TTIP schaffen weitere Unsicherheiten und Ungleichheiten, indem sie beispielsweise Frauen in den Niedriglohnssektor drängen oder schlechte Arbeitsbedingungen fördern, zu Preisdumping beitragen, sodass sich Unternehmen keine soziale Absicherung leisten können und Unternehmen nicht für die Einhaltung der Menschenrechte zur Rechenschaft ziehen⁵². Darüber hinaus werden vorherrschende Ungerechtigkeiten in der formellen und informellen Wirtschaft, wie rassistische Strukturen der internationalen Arbeitsteilung oder unbezahlte Pflegearbeit, in der Regel von Handelsabkommen weiter reproduziert.

Feministische Wirtschaftswissenschaftler*innen haben darauf hingewiesen, dass „Handelsabkommen das Potenzial haben, bürgerliche, kulturelle, wirtschaftliche, politische und/oder soziale Rechte zu untergraben, die in rechtsverbindlichen Instrumen-

ten verankert sind, einschließlich der Verpflichtungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter“, vor allem, wenn Handelsabkommen den Wirtschaftswachstum als einziges Ziel verfolgen⁵³. Traditionell begünstigen Handelsabkommen größere Firmen oder Konzerne in umsatzstarken Sektoren wie der Industrie oder dem Technologiesektor, in denen Frauen strukturell unterrepräsentiert sind und zu denen sie kaum Zugang haben⁵⁴. Der Dienstleistungssektor hingegen wird von Frauen dominiert, denen es an sozialer Sicherheit und sicheren Arbeitsbedingungen mangelt, und dieser steht häufig nicht im Mittelpunkt von Handelsabkommen⁵⁵. Darüber hinaus können Handelsabkommen nationale oder lokale Märkte für ausländische Wettbewerber*innen öffnen, mit denen kleine, von Frauen (oder BIPOC) geführte Unternehmen nicht konkurrieren können. Wachsende Ungleichheiten sind die Folge.

Ein feministischer Weg für die Handelspolitik

Die Anerkennung geschlechtsspezifischer Realitäten der Wirtschaftssysteme könnte ein erster Schritt zu einer verantwortungsvolleren und **rechenschaftspflichtigen Handelspolitik** sein. Verhandlungen zu internationalen Handelsabkommen, denen Ziele zur

Verbesserung der sozialen Sicherheit, der Umwelt, der Menschenrechte und der Gleichstellung der Geschlechter zugrunde lägen, wären gegenüber verschiedenen Teilen der Gesellschaft rechenschaftspflichtig. Handelsabkommen müssen soziale Reproduktion in den Vordergrund stellen und die rein wirtschaftliche Gewinnerzielung durch Beurteilungs- und Bewertungssysteme ersetzen, die Menschenrechte und Rechte der Frauen als wirtschaftlichen Erfolg werten⁵⁶.

Eine **intersektionale** feministische Handelspolitik sollte erkennen, dass Frauen und andere marginalisierte Gruppen bereits eine entscheidende, doch oft unsichtbare Rolle dabei spielen, Gesellschaften und Volkswirtschaften in normalen Zeiten und in Krisenzeiten am Laufen zu halten. Eine intersektionale Analyse der Ursachen für solche geschlechtsspezifischen Unterschiede kann dazu beitragen, Ungerechtigkeiten sichtbar zu machen und die Formulierung neuer inklusiver, gerechter und repräsentativer Handelspolitik zu beurteilen.

Verschiedene Gruppen sehen sich mit unterschiedlichen Hindernissen in ihrer Teilhabe am anerkannten Wirtschaftsleben eines Landes konfrontiert, wie z.B. die unterschiedliche Vertretung der Geschlechter in den verschiedenen Sektoren, die unver-

⁵¹ Gregg Erauw, "Trading Away Women's Rights: A Feminist Critique of the Canada-Colombia Free Trade Agreement." (2010).

⁵² Molly Gene, "How to Rethink International Trade: A Feminist Intervention" (2017), accessed at <https://centreforfeministforeignpolicy.org/journal/2017/1/11/how-to-rethinkinternational-trade-a-feminist-intervention>.

⁵³ Erin Hannah, Adrienne Roberts and Silke Trommer "Towards a feminist global trade politics" (2021): 70, aus dem Original übersetzt.

⁵⁴ Government of Canada: Trade and Gender Connections (2021). (https://www.international.gc.ca/trade-commerce/gender_equality-egalite_genres/trade_gender-commerce_genre.aspx?lang=eng).

⁵⁵ Pamela Coke-Hamilton, executive Director of the International Trade Centre, made a distinctive case for feminist trade policy for small, or economically vulnerable, states: "We all know that the economies and exports of many small states are dominated by services. Those services sectors – especially travel and tourism – primarily employ women, and in many cases female single heads of household. Then why wouldn't your trade policy – your tariffs, your licensing requirements, your procurement rules – be directly focused on supporting those women? Wouldn't it make sense?" (<https://www.intracen.org/news/Should-Small-States-Embrace-Feminist-Trade-Policy/>).

⁵⁶ Erin Hannah, Adrienne Roberts and Silke Trommer "Towards a feminist global trade politics" (2021).

hältnismäßige Last der (unbezahlten) Betreuungsarbeit und der sozialen Reproduktion auf den Schultern von Frauen, diskriminierende Bildungssysteme, fehlende soziale Sicherheit und anhaltende Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern. Diese Ungleichheiten müssen aktiv anerkannt werden, um eine **substantielle Vertretung** zu ermöglichen, zum Beispiel bei Verhandlungen von Handelsabkommen, in sektoralen Evaluationsprozessen und bei der Entwicklung von (Schutz-)Regelungen.

Eine feministische Handelspolitik setzt einen **empathisch-reflexiven Ansatz** voraus. Wer verhandelt Handelsabkommen und wer setzt die Prioritäten? Darüber hinaus führen asymmetrische Beziehungen zwischen kleineren und größeren Staaten – die manchmal ihre Wurzeln in der Kolonialgeschichte haben – zu ungleicher Verhandlungsmacht zwischen diesen Ländern, welche ebenfalls berücksichtigt werden sollten.

Aktives Friedensengagement bedeutet, sich für eine Entwicklung wirtschaftlicher Strukturen einzusetzen, die allen zugutekommt und die Menschenrechte und Umweltschutz in den Vordergrund stellt. Die Auswirkungen von Handelsabkommen auf marginalisierte Gruppen, die Machtverteilung innerhalb von Staaten und (In-)Stabilität müssen immer in Betracht gezogen werden. Dies ist besonders wichtig für den globalen Waffenhandel. Das Wohlergehen der Menschen muss Vorrang haben vor Geschäftsinteressen.

3.6 FEMINISTISCHE MIGRATIONSPOLITIK IN DER PRAXIS

What drives migration? How do global inequalities and injustice impact today's migration policy?

Was treibt Migration an? Wie wirken sich globale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten auf die heutige Migrationspolitik aus? Migration ist ein fortlaufendes, brisantes Thema in der Weltpolitik. Wie es auch bei den zuvor diskutierten Politikbereichen der Fall war, ist Migrationspolitik mit einer Vielzahl von globalen politischen Richtlinien und/oder Ungleichheiten verbunden. Die westliche Migrationspolitik neigt dazu, sich als wertorientiert darzustellen und westliche Regierungen oder Institutionen strahlen einen Status der normativen Überlegenheit aus (wie die „EU als normative Weltmacht“)⁵⁷. Allerdings hat die westliche Welt es versäumt, ihre eigene Rolle bei der Aufrechterhaltung der Triebkräfte für Migration zu erkennen.

Das Narrativ des männlichen Migranten ist für Migrationsgemeinschaften sehr schädlich. Die Ankunft des männlichen Migranten erfordert den Schutz „unserer (weißen) Frauen“, was mit dem Schutz unserer „westlichen“ Werte gleichgesetzt wird. Nicht-weiße Männer werden als aggressiv, hypersexualisiert, gewalttätig und unwürdig angesehen, ihre Rechte geschützt zu bekommen (wie es die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 verlangt). Frauen aus Migrationsgemeinschaften werden in ihrer neuen Umgebung als Opfer dargestellt und als schutzbedürftig vor Männern im allgemeinen wahrgenommen, während sie in ihren

Herkunftsländern jedoch vielen verschiedenen Formen der Unterdrückung (z.B. kulturell, sozial, wirtschaftlich usw.) ausgesetzt sind⁵⁸.

Die Unterscheidung zwischen politischen und wirtschaftlichen Gründen für Migration wirkt sich negativ auf die Wahrnehmung von Migration und ihren Lösungsansätzen aus. Das Narrativ, das konstruiert wird, indem nur der Akt der Migration in Form von Bewegung gezeigt wird (z.B. sinkende Boote im Mittelmeer), versäumt es, die Triebkräfte zu veranschaulichen, die weit über politische und wirtschaftliche Krisen und/oder die Zerstörung durch Kriegsgeschehen hinausgehen.

Ein feministischer Weg für die Migration

Ein feministisches Verständnis von Migration erfordert in erster Linie die Anerkennung von Migration als ein allgegenwärtiges menschliches Phänomen, das auf verschiedene Ursachen wie Krieg, Konflikt, wirtschaftliche Verzweiflung und Diskriminierung zurückzuführen ist. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung anzuerkennen, dass physische Staatsgrenzen nicht naturgegeben sind, sondern eine Entwicklung in der menschlichen Geschichte darstellen. Vielmehr manifestieren Staatsgrenzen Hierarchien zwischen den Bewohner*innen verschiedener Weltregionen. Starre Grenzregime bringen ständig das Leben vulnerabler Menschen in Gefahr, ob es sich nun um eine physische „Grenze zu Mexiko“ handelt, wie sie von der früheren US-Regierung ver-

⁵⁷ Ian Manners. „Normative Power Europe“ (2002).

⁵⁸ Katarzyna Wojnicka, Magdalena Nowicka. „Understanding migrant masculinities through a spatially intersectional lens.“ (2021).

kündet wurde, oder eine metaphorische „Festung Europa“ an den EU-Außengrenzen.

Einfühlsame Reflexivität bietet den Empfängerländern die Möglichkeit, ihre Verbindung zu Ursachen und Triebkräften für die globale Migration zu ermessen und ermöglicht es ihnen, die Öffentlichkeit zu informieren und das Narrativ und ihr Handeln in Bezug auf Grenzkontrollen und Asylpolitik zu verändern. Dies steht in Verbindung zu all den oben genannten Bereichen der Außenpolitik, wie bspw. die Auswirkungen ungerechter Klimamaßnahmen in der Vergangenheit, ausgrenzende Handelspolitik oder schädliche Entwicklungszusammenarbeit⁵⁹.

Indem sie sich ihrer Rolle und Position bewusst sind, können Länder und Einzelpersonen Verantwortung übernehmen und ein Gefühl der **Rechenschaftspflicht** gegenüber Migrant*innen und Asylbewerber*innen zeigen und sich regelmäßig mit dieser Gemeinschaft im Aufnahmeland beraten. Rechenschaftspflicht bedeutet auch, dokumentierte Menschenrechts- oder Rechtsverletzungen wie illegale, sogenannte „Push-Backs“ (z.B. an den EU-Grenzen⁶⁰) zu verfolgen und Migrant*innen ihr Recht auf Würde und Schutz zu gewähren.

Ein feministischer Ansatz in Bezug auf Migration berücksichtigt die sich **überschneidenden (intersektionalen)** Verletzlichkeiten (z.B. im Bezug auf Geschlecht, LGBTQI+, städtisch-ländliche, ethnische und/oder konfessionelle Zugehörigkeit) und die Gründe für

das Verlassen ihrer Heimatländer, aber auch die unterschiedlichen Verletzlichkeiten und Bedürfnisse der Menschen, während sie unterwegs sind und wenn sie schließlich Asyl beantragen.

Des Weiteren endet die Erfahrung der Migration nicht, wenn das Zielland erreicht ist. Daher ist es essentiell, dass die Ankunftsländer dafür sorgen, dass die Grundversorgung wie Nahrung, Hygiene, Unterkunft, Zugang zu Einkommen und notwendige Sprachkenntnisse gewährleistet ist. Dies erfordert einen selbstkritischen und **empathisch-reflexiven Ansatz**, der auch verschiedene sozialpolitische Maßnahmen und Initiativen zur Bekämpfung der Diskriminierung von Migrant*innen umfasst (bspw. die Förderung antirassistischer Ansätze in Schulen und im Gesundheitsbereich)

⁵⁹ Lucy Hovil. "Telling Truths about Migration, International Journal of Transitional Justice" (2019).

⁶⁰ Sarah Schröer López, Véronique Gantenberg. "Illegale Pushbacks: Was macht die EU?" (March 15, 2021) <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eukommission-frontex-pushbacks-101.html>.

4

Eine Checkliste zur praktischen Umsetzung feministischer Außenpolitik

Wir verstehen feministische Außenpolitik als ein wertorientiertes und kontextspezifisches Handeln, das dazu beitragen kann, bessere Entscheidungen zu treffen sowie Machtverhältnisse und Hierarchien zu dekonstruieren und zu rekonstruieren. Wir erkennen die Notwendigkeit schrittweiser Veränderungen an, wenn wir versuchen, die im internationalen politischen System eingebetteten systemischen Hierarchien zu entschärfen. Daher schlagen wir vor, feministische Außenpolitik als einen Ansatz in der internationalen Politik zu verstehen, der mit der Zeit wachsen und sich weiterentwickeln kann. Um diesen Prozess anzustoßen, haben wir eine Liste von Leitfragen zusammengestellt, die Personen aus der Politik und aus internationalen Organisationen dazu einlädt, über aktuelle Praktiken in der Außenpolitik nachzudenken.

1. INTERSEKTIONALITÄT IN ANALYSE, REPRÄSENTATION UND ENTSCHEIDUNGSFINDUNG

Denken Sie bei Ihren Entscheidungen an den Kontext und gehen Sie mit einer intersektionalen Analyse der Machthierarchien in Ihrer Abteilung/Ihrem Land/Ihrem Thema kontextspezifisch vor:

- » Wen repräsentieren die Personen, die in einem bestimmten Kontext Entscheidungen über Frieden/Sicherheit treffen?
- » Was sind die Hintergründe/Kontexte/Erfahrungen der Menschen in meinem eigenen Team/meiner Partner*innen?
- » Gibt es ein asymmetrisches Machtverhältnis zwischen dem Partnerland/dem bzw. der Akteur*in/der Organisation, das durch Nord/Süd-Hierarchien, unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen oder der Machtposition in der globalen Gemeinschaft hervorgebracht wird, welches berücksichtigt werden muss?
- » Wer ist in Entscheidungsprozessen nicht vertreten? Warum ist dies der Fall und was hindert sie an der Teilnahme?
- » Welche Auswirkungen/Wirkungen/Folgen haben die Entscheidungen auf verschiedene Personengruppen in Bezug auf ihre Position/Geschlecht/ethnischen Hintergrund?
- » Wurden die betroffenen Gruppen konsultiert, integriert und angehört?

2. EINFÜHLSAME REFLEXIVITÄT BEI DER POLITISCHEN GESTALTUNG UND UMSETZUNG

Berücksichtigen Sie bei der Gestaltung und Entscheidungsfindung in Bezug auf bestimmte außenpolitische Maßnahmen die Machthierarchien, die länderspezifischen Herausforderungen und die historischen Umstände:

- » Was ist Ihre eigene Rolle in der Gruppe/Partnerschaft/Zusammenarbeit oder Entscheidung?
- » Gibt es frühere Erfahrungen/Traumata, in die Sie verwickelt sind und die berücksichtigt werden müssen (z.B. Kolonialgeschichte, Konflikte usw.)?
- » Wie können Sie sich auf eine einfühlsame Beziehung zwischen den Partner*innen einlassen und dabei Ihre eigene Rolle und Machtposition reflektieren?
- » Gibt es Abhängigkeiten zwischen den Partner*innen, die Hierarchien schaffen, und welche Rolle spielen Sie selbst dabei?
- » Wie kann diese asymmetrische Machthierarchie minimiert/adressiert werden, oder bedarf es eines Heilungs-/Verzeihungs-/Versöhnungs- oder Konfliktverarbeitungsprozesses?
- » Verstärkt oder löst das politische Vorgehen vergangene und aktuelle Traumata/Konflikte oder Machthierarchien aus?
- » Sind die Ziele der Partnerschaft ehrlich, einfühlsam und für beide Seiten bestärkend?
- » Wie kann die Beziehung auf Vertrauen und Partnerschaft aufgebaut werden?

3. SUBSTANTIELLE REPRÄSENTATION

- » Bei der Bildung eines Projektteams, einer Abteilung oder der Besetzung einer neuen Führungsposition sollte geprüft werden, ob und wie die ausgewählten Personen alle beteiligten Gruppen (z.B. in einem Land, einer Organisation oder einem Friedensprozess) substantiell repräsentieren. Unter Bezugnahme auf (1) Intersektionalität ist eine Analyse erforderlich, um die Gruppen zu erfassen, die in dem kontextspezifischen Team vertreten sein müssen:
- » Was ist das Thema und wer sind die betroffenen Personengruppen, nicht nur im Bezug auf Geschlecht, sondern auch im Bezug auf Sexualität, Religion, physischen und psychischen Fähigkeiten, Klassenzugehörigkeit und/oder ethnischem Hintergrund?
- » Sind Vertreter*innen von nicht-staatlichen Akteur*innen oder von zivilgesellschaftlichen Organisationen dabei?
- » Sind die Prozesse inklusiv für betroffene/beteiligte Personen und wird ihnen ermöglicht, gehört zu werden und einen Beitrag zu leisten, oder fehlt ihnen der Zugang, der über das Zuhören am Tisch hinausgeht?
- » Gibt es strukturelle/kulturelle/politische Barrieren aufgrund von Machtungleichheiten, die überwunden werden müssen? Wie äußern sich diese (bspw. haben einige Personen gegenüber anderen eine ausgeprägtere Anspruchshaltung)?
- » Gibt es Kontrollmechanismen, wie z.B. vertrauensvolle Abstimmungsprozesse, eine gerechte Aufteilung der Sprechzeiten, Moderation oder Konsultationsprozesse?

4. RECHENSCHAFTSPFLICHT

Bei der Gestaltung eines außenpolitischen Prozesses oder beim Treffen von Entscheidungen muss ein System der Rechenschaftspflicht und der Berichterstattung vorhanden sein.

- » Wem gegenüber bin ich/sind wir rechenschaftspflichtig?
- » Was ist das eigentliche Ziel der Politik und wer profitiert davon?
- » Welche strukturellen Möglichkeiten und Hindernisse gibt es für Menschen, darüber zu berichten oder zu bewerten, ob die Außenpolitik in ihrem Interesse gestaltet wurde?
- » Wer steuert die Bewertungs- und Überwachungsprozesse? Wer entscheidet zwischen Geber*innen und Empfänger*innen über die Verteilung von Mitteln oder Maßnahmen?
- » Wie kann Erfolg definiert oder gemessen werden? Sind meine Meilensteine realistisch?
- » Wie stelle ich sicher, dass meine Maßnahmen im Interesse der Empfänger*innen umgesetzt werden und dass meine Politik über bloße Rhetorik hinausgeht?
- » Welche Auswirkungen wurden auf qualitativer Ebene erzielt (z.B. durch Förderung von ethnografischen Untersuchungen, Umfragen, individuellen Geschichten), bei der Forschung außerhalb von quantitativen Zahlen, Quoten, messbaren Ergebnissen?

5. AKTIVES FRIEDENSENGAGEMENT

Außenpolitik sollte von Frieden und Harmonie, Gewaltlosigkeit und Vertrauen geleitet sein.

1. Konfliktanalyse, die die grundlegenden Ursachen einbezieht:

- » Gibt es strukturelle Formen der Gewalt, die Konflikte verursachen (z.B. Armut, geschlechts-spezifische Ungleichheit, rassistische und ethnische Diskriminierung), und welche Formen der Unterdrückung bestehen?
- » Welche Personengruppen sind in den Konflikt involviert und wie können Lösungsansätze oder Gewaltprävention zwischen unterschiedlichen Positionen vermittelt werden?
- » Wer sind die Menschen, die in Entscheidungsprozessen zurückbleiben und wie kann ihre Stimme einbezogen werden?
- » Wie können vulnerable Gruppen von Menschen im Konflikt geschützt werden, ohne sie ausschließlich als Opfer darzustellen?

2. Friedliche Handlungen:

- » Welche friedlichen/nicht-militarisierten/nicht-bewaffneten Methoden können angewandt werden, um Konflikte zu entschärfen?
- » Gibt es professionelle Mediationsteams/Konfliktspezialist*innen, die bei einem Mediationsprozess helfen können?
- » Wie können wir Diskussionen und Handlungen fördern, die auf Frieden und nicht auf Konflikt basieren?
- » Wie können wir uns dem Frieden ohne Einsatz von Gewalt und Waffen nähern?

Die Autorinnen

JESSICA CHEUNG ist Doktorandin an der Freien Universität Berlin, wo sie über feministische Außenpolitik forscht. Ihre Arbeit konzentriert sich auf die Verwendung von Feminismus als strategische politische Bezeichnung bei der Produktion eines nationalen Markenzeichens. Neben dieser Arbeit forscht Jessica auch über die zugrundeliegende Spannung zwischen schwedischer und kanadischer feministischer Außenpolitik und indigener Ungerechtigkeiten.

DILEK GÜRSEL arbeitet für eine humanitäre NGO im Irak. Sie hat einen Master in International Development von der Sciences Po Universität in Paris, wo sie über die Auswirkungen politischer Repression auf die Mobilisierungsmöglichkeiten von (kurdischen) Aktivistinnen forschte, wofür sie einige Zeit in der Türkei verbrachte und sich mit der dortigen feministischen Bewegung auseinandersetzte. Seit einem Jahr ist sie bei der WILPF/IFFF aktiv und ist Mitautorin der Broschüre zu einer intersektionalen feministischen Analyse der deutschen (Ab-)Rüstungspolitik.

MARIE JELENKA Kirchner: arbeitet als Forscherin für die mazedonische Denkfabrik “Institute for Democracy” zu den Themen Europäische Integration, Europäische Erweiterung (hinsichtlich des Westbalkans) und Europäische Außenpolitik. Sie ist Doktorandin am Zentrum für Südosteuropastudien der Universität Graz und erforscht die Umsetzung von EU-Gender-Strategien im Kontext der europäischen Erweiterung. Im Rahmen der WILPF/IFFF beschäftigt sie sich vor allem mit dem Thema feministische Außenpolitik und möglichen Anwendungen im europäischen Kontext.

VICTORIA SCHEYER ist Doktorandin am Gender, Peace and Security Institute der Monash Universität und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main in dem Gebiet der feministischen Friedens- und Konfliktforschung. Sie hat akademische Artikel veröffentlicht, Workshops moderiert und Veranstaltungen im Bereich der feministischen Außenpolitik organisiert. Als Co-Vorsitzende der deutschen WILPF-Sektion trägt Victoria zu einem feministischen Verständnis von Frieden in der Welt bei.